

2. Landesdelegiertenrat

11. März 2005 in Dessau



Eingang:	4.3.2005	A 1
Antragsteller/-in:	LaVo	
Gegenstand:	Kampf gegen rechtsextremes Gedankengut zur erklärten Politik machen	

- 5 Nachfolgender Antragstext soll der Beitrag des Landesverbandes Sachsen-Anhalt für einen gemeinsamen Antrag aller ostdeutschen Landesverbände auf dem Länderrat sein.

Der LDR möge beschließen:

10 **Kampf gegen rechtsextremes Gedankengut zur erklärten Politik machen - wachsende Akzeptanz Rechtsextremer ernst nehmen**

15 Die Wahlergebnisse von NPD und DVU bei den Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen und in Brandenburg, die kürzer werdenden Abstände von rechten Aufmärschen und Kundgebungen in unseren Städten und Gemeinde sowie die Zunahme rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten sind ein bedrohliches Zeichen für die verstärkte Präsenz rechtsextremistischen und antidemokratischen Gedankengutes in der Bundesrepublik Deutschland.

20 Mit dem Einzug in Landes- und Kommunalparlamente wird der Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen zu einem Teil des politischen Alltags. Hinzu kommt eine im Vergleich zu früheren Jahren professionellere Vorgehensweise der Rechtsextremen, umfassende organisatorische Abstimmungen zwischen rechtsextremistischen Gruppierungen untereinander, vor allem aber eine offensichtlich gewachsene Attraktivität für junge Menschen. Dies ist eine gefährliche gesellschaftliche und politische Entwicklung.

25 **Für eine dauerhafte und konsequente Auseinandersetzung**

30 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt halten nicht nur vor diesem Hintergrund eine konsequente und dauerhafte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus für dringend erforderlich. Es muss deutlich werden, dass diejenigen, die die deutsche Kriegsschuld, die deutschen Kriegsverbrechen und die deutschen Völkermorde leugnen, dem Menschen- und Gesellschaftsbild der Nazi-Partei NSDAP anhängen und antisemitische Propaganda betreiben, in ihren politischen Grundstrukturen einem autoritären und rassistischen Leitbild folgen und eine Gefahr für die demokratische Zivilgesellschaft darstellen. Es muss deutlich werden, dass in unserer Gesellschaft autoritäre, antidemokratische und Pluralität in Frage stellende Ideologien, gleich welcher politischen Richtung, keinen Platz haben.

35 In diesem Zusammenhang kritisieren wir scharf das Verhalten einiger Politikerinnen und Politiker, die die Konfrontation mit Rechtsextremen aus verschiedenen Gründen scheuen. Ein aktuelles Beispiel für einen unverantwortlichen Umgang mit angemeldeten Demonstrationen Rechtsextremer, hat der Dessauer Oberbürgermeisters Hans-Georg Otto abgegeben. Ausdrückliche Aufrufe an die Bevölkerung, sich nicht an Gegenveranstaltungen zu beteiligen sind unverantwortlich und unentschuldigbar. Ein derartiges Verhalten spielt den Strategien der Rechten in die Hände. Ignorieren und Wegsehen sind keine wirkungsvollen Mittel in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen!

befasst: ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/>	überwiesen an: LaVo <input type="radio"/> LFG <input type="radio"/>	Abstimmung: ja: nein: Enthaltung.:
--	---	---

Wir appellieren an die Verantwortung aller in der Demokratie verantwortlich handelnden, sich rechtsextremen Aufmärschen in unseren Städten und Gemeinden mutig und entschieden entgegenzustellen. Wir fordern, den Kampf gegen rechtsextremes Gedankengut zur erklärten Politik zu machen!

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus stellt eine langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Auch wenn Projekten und Initiativen vor Ort eine immense Wichtigkeit beizumessen ist, so sind sie alleine kaum dazu in der Lage, wahrgenommene Versäumnisse der Politik auszugleichen. Es bedarf vor allem auch entschiedener und konkreter Maßnahmen der etablierten Politik wie etwa

- die Stärkung der politischen Bildung mit dem Schwerpunkt der Demokratie,
- die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie
- die Stärkung interkultureller Initiativen

Es bedarf neuer, kreativer Ideen, es bedarf eines anderen Politikselbstverständnisses, um geeignete politische Ansätze für eine identifikationsfähige demokratische politische Kultur in unserem Land zu entwickeln.

Zentral ist die Stärkung demokratisch-partizipatorischer Kräfte und Strukturen in der Zivilgesellschaft. Wir brauchen die Sicherung bzw. Schaffung einer demokratischen Jugendkultur, damit Jugendliche nicht ins rechtsextreme Milieu gehen müssen, um Anschluss zu finden.

Die These vom „Protestwahlverhalten“ alleine genügt nicht

Dabei ist eine Erkenntnis wichtig: Die These vom „Protestwahlverhalten“ alleine genügt nicht als Erklärungsversuch, denn sie hinterfragt nicht die Einstellungen, die hinter einer Wahlentscheidung zu Gunsten rechtsextremistischer Gruppierungen stehen. Es ist vielmehr der Ausdruck eines rechtsextremistisch-autoritären Weltbildes, dem es engagiert zu begegnen gilt.

Im Gegenteil lenkt der Verweis auf vermeintliche „Protestwahl“ von der eigenen Verantwortung ab. Diese Denkweise ist nicht mehr hinnehmbar. Diese Erkenntnis muss sich endlich auch in der Landesregierung unseres Bundeslandes durchsetzen. Es ist unverantwortlich, wenn, wie im Februar 2005 durch Innenminister Klaus Jeziorsky geschehen, die steigenden Zahlen rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten auf das gute Abschneiden der NPD in Sachsen geschoben werden.

Gemeinsam und engagiert gegen Rechts

Die engagierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fordert daher ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Kräfte. Wer rechtsextremistische und antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auch die Wahlerfolge derer, die dies propagieren, dauerhaft zurückdrängen will, muss die Rechtsextremisten als politische Herausforderung ernst nehmen. Wer Rassisten und Antisemiten dauerhaft das Wasser abgraben will, muss die Demokratie als gesellschaftliche Leitidee glaubwürdig, selbstbewusst und offensiv vertreten.

Wir unterstützen das Ansinnen aller Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt, ein „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ in Sachsen-Anhalt zu initiieren. Ein solches Netzwerk jedoch muss mit Leben erfüllt werden. Es darf nicht bei einem hohlen Lippenbekenntnis in der Öffentlichkeit bleiben. Vielfach hätte die Landesregierung in der Vergangenheit durch konkretes Handeln in diesem Sinne wirken können – vielfach hat sie es nicht getan. Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, der im Januar 2005 erstmals öffentlich den Gedanken eines solchen „Netzwerkes“ geäußert hatte, wird sich an den Taten, die seinen Worten folgen, messen lassen müssen!

Für ein Bündnis aller Demokraten

Für uns Demokraten ist die Demokratie das politisch-gesellschaftliche System, dass die Freiheit und Gleichheit aller Menschen am besten verwirklicht. Dies schließt Kritik an den bestehenden Verhältnissen ein, wir sind aber überzeugt, dass die Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten sowie von demokratischen Verfahren allen anderen politischen Entscheidungssystemen bei der Lösung individueller und gesellschaftlicher Probleme überlegen sind.

Wir brauchen eine Verbreiterung der Bündnisse gegen Rechtsextremismus in die Mitte unserer Gesellschaft hinein. Dafür werden sich Bündnisgrüne sich vor Ort einsetzen, wie sie es schon zahl- und erfolgreich in lokalen Initiativen, wie den „Bündnissen gegen Rechts“ in verschiedenen Städten tun. Gewerkschaften, Kirchen, demokratische Institutionen und Parteien müssen sowohl die an demokratischen Grundwerten orientierten Inhalte bestimmen als auch den Handlungsrahmen definieren, der sich an gewaltfreien Formen der Gegenwehr orientieren muss. Wesentlich ist auch eine Beteiligung der Gruppen der Opfer. Wo eine ideologische Einigelung stattgefunden hat, muss sie überwunden werden.

Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht nicht einschränken

Wir erkennen an, dass die Polizei auch rechte Demonstrationen schützen muss, wo sie vom Versammlungsrecht gedeckt sind. Die in diesem Zusammenhang geforderte stärkere Bekämpfung des Rechtsextremismus mit den Mitteln des Versammlungsrechtes wie auch generell die Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes zu diesem Zweck halten wir für ungeeignet. Die Auseinandersetzung muss mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates geführt werden und darf nicht gleichzeitig zu dessen Untergrabung führen.

Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes spielt auch der sinnvolle Einsatz repressiver Instrumente eine Rolle. Das staatliche Gewaltmonopol ist überall durchzusetzen. Die Ressourcen von Polizei und Staatsanwaltschaft müssen auf Delikte mit rechtsextremem Hintergrund hin gebündelt werden, um eine zügige Aufklärung und Verfolgung der Taten zu ermöglichen.

Für ein Klima der Toleranz und Offenheit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für ein Klima der Toleranz und Offenheit, in der die Verständigung und ein gutes Miteinander mit ausländischen Bürgerinnen und Bürgern gepflegt wird. Wir engagieren uns dafür, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Nationalität friedlich und tolerant zusammenleben. Wir treten für eine offene, pluralistische Gesellschaft ein, in der Menschen unabhängig von ihrer Lebensweise respektiert werden. Es gilt die Sozialkompetenz und Demokratiefähigkeit zu stärken und die Auseinandersetzung mit anders Denkenden zu fördern. Gemeinsam sind wir überzeugt, dass die Vielfalt der Kulturen das soziale und kulturelle Leben bereichert.

Arbeit gegen Rechts dauerhaft finanzieren

Es ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, Vorschläge für eine größere Transparenz des politischen Systems und für mehr Bürgerentscheidungen und Bürgerbeteiligung vorzulegen. In Sachsen-Anhalt ist die Landesregierung in der Pflicht, Vereine und Institutionen, die sich insbesondere präventiv mit der Thematik Rechtsextremismus auseinandersetzen, dauerhaft zu unterstützen. Hierbei ist der Verein „Miteinander e.V.“ besonders hervorzuheben. Dieser wurde bisher von der Landesregierung stets als „politisch motivierte Vereinigung“ diffamiert. In Folge deutlicher finanzieller Einschnitte hat „Miteinander e.V.“ bereits regionale Zentren auf dem Lande schließen und Mitarbeiter entlassen müssen. Ein derartiges Vorgehen ist nicht mehr zu tolerieren, es forciert den Anstieg rechtsextremer Straftaten und steht im unvereinbaren Gegensatz zu den öffentlich getätigten Äußerungen der Landesregierung.

Der Staat muss sich seiner Verantwortung bewusst werden, die er insbesondere auch den Opfern rassistischer, rechtsextremistischer oder antisemitischer Angriffe gegenüber hat. Die kostenlose und häufig anonym in Anspruch genommene Beratung, wie sie beispielsweise die Mobile Beratung für die Opfer rechtsextremer Gewalt an fünf Standorten in Sachsen-Anhalt bereithält, muss langfristig gesichert und ausgebaut werden.

Eine herausragende Bedeutung haben weiterhin die Bundesprogramme CIVITAS, ENTIMON und XENOS. Sie tragen zum Aufbau und zur Stärkung wichtiger demokratischer, zivilgesellschaftlicher Strukturen vor allem in den neuen Bundesländern bei.

Wir begrüßen sehr, dass auf Antrag der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Programme weiterhin mit Bundesmitteln ausgestattet werden. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass es erforderlich ist, für erfolgreiche Modellprojekte aus den Programmen CIVITAS, ENTIMON und XENOS eine ausreichende Grundlagenfinanzierung zu schaffen und diese zu verstetigen.

Das zivilgesellschaftliche Engagement bedarf der langfristigen Unterstützung durch die Bundesregierung sowie durch die Länder, denn es gibt noch immer einen großen Nachholbedarf bei der Bildung von Netzwerken gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, hier einen politischen Schwerpunkt zu setzen und sich an der Finanzierung von Projekten und Maßnahmen zu beteiligen.

Angebote für junge Menschen

Die Zielgruppe junger Wählerinnen und Wähler ist in besonderem Maße zu beachten. Wir müssen herausfinden, warum das rechtsradikale Gedankengut vor allem für junge Männer – zunehmend aber auch für junge Frauen - so attraktiv ist, warum sich eine rechtsextreme Jugendkultur entwickeln konnte. Wir müssen uns überlegen, was wir diesen jungen Menschen stattdessen anzubieten haben.

Ungeachtet der Einsicht, dass Rechtsextremismus kein allein sozialpädagogisch lösbares Problem ist, brauchen wir weiterhin täter- und mitläuferorientierte Arbeit unter dem Leitmotiv der kritischen Integration, die zwischen der Achtung von Menschen und der Ächtung von Verhaltensweisen unterscheidet und dort, wo es sein muss, auch eindeutige Grenzen setzt.

Es bedarf der Entwicklung besserer Ausstiegsprogramme und es muss Angebote für Jugendliche geben, die kein Interesse an der braunen Kultur haben. Wir brauchen Räume, in denen für Jugendliche menschliche Anerkennung, die Möglichkeit zur Einbringung eigener Fähigkeiten, demokratische Mitbestimmung und die vernünftige Austragung von Konflikten erfahrbar werden. Mancherorts müssen die Gewichte von der Betreuung dezidiert rechtsorientierter Jugendlicher weg hin zur Förderung von Möglichkeiten der Opferbetreuung, Alternativgruppen und Gegenkulturen verlagert werden. Aktuell geht es hierbei um die Evaluation sowie die Erhaltung und Stabilisierung bereits vorhandener Initiativen und Strukturen, die in der Zivilgesellschaft eine Basis haben.

Weiter fordern wir die Landes- und KommunalpolitikerInnen dazu auf, die Forcierung der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensmustern an den Schulen, insbesondere die entsprechende Ausrichtung der Schulsozialarbeit zu fördern. Die Konzepte schulischen Lernens müssen verbessert werden. Die Einbeziehung von Schülern in die Gestaltung von Schule und Unterricht sowie soziales Lernen sollen sie zu gegenseitiger Achtung und gewaltfreien Konfliktlösungen befähigen. Schule muss vermehrt politische und ethische Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz fördern.

Zudem verlangen wir die stärkere Förderung der Gedenkstättenarbeit, die Stärkung der

politischen Bildung zugunsten der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die verstärkte Arbeit mit Gewalttätern im Strafvollzug.

Umgang mit Rechtsextremisten in den Parlamenten

5

Mit dem Einzug rechtsextremistischer Parteien in die Landes- und Kommunalparlamente ist vielerorts eine gewisse Unsicherheit im Hinblick auf den Umgang damit entstanden. Dabei bedarf es in einer demokratischen Zivilgesellschaft einer selbstbewussten und engagierten Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher:

10

1. Ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

15

2. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit als „ganz normale“ Gemeinderäte oder Abgeordnete erscheinen. Es muss immer wieder deutlich werden, dass sie für eine autoritäre und demokratiefeindliche Politik stehen und die Werte- und Rechtsordnung des Grundgesetzes nicht anerkennen.

20

3. Es muss gemeinsamer Konsens sein, dass Demokraten in der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten nicht zu Mitteln greifen, die die Demokratie einschränken. Vielmehr muss immer wieder hervorgehoben werden, dass es gerade die demokratischen Grundwerte und deren Umsetzung sind, die in direkter Konkurrenz zum Rechtsextremismus stehen.

25

4. In der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Abgeordneten muss die Überlegenheit und Vielfältigkeit demokratischer Verfahren und Entscheidungen sich immer wieder öffentlich wahrnehmbar erweisen.

30

Grundsätzlich gilt: Im Umgang mit Rechtsextremen in den Parlamenten plädieren wir für mehr Nüchternheit und Mut zur Auseinandersetzung. In der Sphäre der symbolischen Empörung zu verharren, hieße, den Rechtsextremen das Feld der Argumentation zu überlassen. Aus Respekt vor der demokratischen Entscheidung der Wähler dieser Gruppierungen aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen, sprechen wir uns für einen fairen und sachlichen Umgang aus. Dabei muss die kritische Distanz gegenüber diesen Gruppierungen immer wieder deutlich gemacht werden.

35

Wir müssen den Rechtsextremisten ein Bündnis der Demokraten entgegensetzen! Wir Bündnisgrüne wollen unseren Anteil dazu beitragen.